

PM Ramona Storm, MdL

Alternative für Deutschland

Finanzielle Bildung für Kinder –

CSU will Schulunterricht an Banken übertragen!

Der Antrag der CSU im Bayerischen Landtag hörte sich erstmal gut an: Die Stärkung finanzieller Kompetenzen von Kindern und Jugendlichen soll Teil des Schulunterrichts werden.

„Dagegen ist grundsätzlich nichts zu sagen, besonders, nachdem die Verschuldung gerade bei jungen Menschen stetig zunimmt“, erklärt die AfD-Landtagsabgeordnete Ramona Storm. In Bayern sind derzeit etwa 20 Prozent der Jugendlichen und jungen Erwachsenen verschuldet, meist sind es Konsumschulden zwischen 2.500 und 5.000 Euro.

Doch liest man den Antrag genauer, sieht die Sache schon anders aus: Was sich als Fürsorge für Kinder und Jugendliche darstellt, entpuppt sich als plumper Banken-Lobbyismus. Denn der Unterricht, der sich interessanterweise nicht nur auf den praktischen Umgang mit Geld bezieht, sondern auch auf „Vermögensbildung“ und „Altersvorsorge“, soll outgesourced und unter anderem durch Finanzinstitute erteilt werden – die auf diese Weise schon mal Nachwuchs bei der jugendlichen Kundschaft generieren können. Beschwichtigend wird eigens darauf hingewiesen, dass der Finanz-Unterricht werbefrei erfolgen soll...

„Das kommt mir ein bisschen so vor, als hätte die Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Kreditwirtschaft den Antrag geschrieben“, so die AfD-Politikerin. „Natürlich werden Finanzinstitute ihre Produkte nicht bewerben – sie ‚informieren‘ ja nur...“

Zudem ist im Antrag etwas kryptisch von „weiteren fachkundigen Bildungsträgern, wie bereits existierende, spezialisierte Start-ups“ die Rede, die man mit dem Unterricht betrauen will.

„Was für eine Art von Schulungspersonal muss man sich darunter vorstellen?“

Professionelle Anlageberater?

Ganz grundsätzlich: „Finanzielle Bildung für Schüler – ja!“, sagt die Abgeordnete. „Denn der Umgang mit Geld ist für junge Menschen eine elementare Lebenskompetenz. Auch Schuldnerberatung ist ein wichtiger Bereich für Heranwachsende!“ Allerdings: Seit Jahrzehnten gibt es in Bayern das Schulfach „Wirtschaft und Recht“. „In dieses Fach gehört

das Thema ‚Finanzielle Bildung‘. Es gibt keinen Grund, Schulunterricht outzusourcen - und schon gar nicht in die Hände von Interessensgruppen oder NGOs!“